

# Scharnstein wird „Härteausgleichsgemeinde“

*Ohne Not und gegen die Stimmen der SPÖ begab sich unsere Gemeinde in den sog. „Härteausgleichsfonds“ des Landes. Mit diesem radikalen Beschluss zertrümmerte die Mehrheit im Scharnsteiner Gemeinderat ein jahrzehntelang gemeinsam erarbeitetes Gebühren-, Steuern- und Abgabensystem, auf das sich die ScharnsteinerInnen verlassen konnten. Mit einem Federstrich werden Scharnsteiner Haushalte ab Jänner 2023 radikal höhere Tarife bspw. für die Wasserver- und Abwasserentsorgung leisten müssen. Essen auf Rädern wird sogar um 26% teurer!*

Die SPÖ lehnte diesen Beschluss im Scharnsteiner Gemeinderat vehement ab, weil er ...

- unsozial,
- nicht notwendig und
- brutal gegenüber über den sozial Benachteiligten unserer Gesellschaft ist.

Mit dem Beschluss im Scharnsteiner Gemeinderat, eine Härteausgleichsgemeinde zu werden, hat sich die Mehrheit im Gemeinderat (gegen die Stimmen der SPÖ) beispielsweise dazu verpflichtet, die Wasser- und Kanalgebühren um bis zu 27% zu erhöhen.

## Gmunden handelte anders

Bürgermeister Krapf (Gmunden) und Bürgermeister Raffelsberger verwendeten im Vorfeld der Budgetbeschlüsse in den Gemeinderäten in Pressemitteilungen dieselben Worte. Das Budget 2023 wäre „das herausforderndste, welches sie in ihrer Amtszeit je zu verantworten gehabt“ hätten. Der Gmundner Bürgermeister meinte dazu in der Bezirksrundschau am 14. Dezember, dass „der Weg in eine Härteausgleichsgemeinde keine Option sei“ und „mit allen Mitteln verhindert“ werden müsse. „Wir wären in diesem Fall nicht handlungsfähig. Das ist politisch nicht vertretbar“, so Krapf weiter.

Ganz anders denkt darüber Bürgermeister Raffelsberger, wohl wissend, dass der Weg in den Härteausgleichsfonds Scharnstein dazu verpflichtet, die Gebühren für die Daseinsvorsorge massiv, in manchen Fällen bis zu 27% zu verteuern. Dazu konnte die SPÖ Scharnstein – so wie der einstimmige Gmundner Stadtgemeinderat - nicht zustimmen, zu viel stand gerade für die sozial Benachteiligten in Scharnstein auf dem Spiel.

## Sozialleistungen werden zertrümmert!

Das über Jahrzehnte mühsam und im Konsens der politisch Handelnden aufgebaute kommunale Sozialwesen unserer Gemeinde wurde am 15. Dezember mit einem Federstrich zerstört. Freiwillige Leistungen der Gemeinde wie bspw. Vereinsförderungen, soziale Leistungen, Landwirtschaftsförderungen u.ä.m. werden 2023 und in den Folgejahren massiv eingeschränkt, in manchen Fällen sogar auf Null reduziert.

Trotzdem der finanzielle Engpass unserer Gemeinde eindeutig in der aktuellen weltweiten Krisensituation begründet ist, drängt das Land grundsätzliche Gemeinden dazu, finanzielle Schwierigkeiten selbst zu lösen und dafür scharfe Einschnitte vor allem in den so wichtigen Bereichen der Sozial- und Vereinsförderungen zu machen.

## Was uns besonders stört ...

Von der sozialen Kälte der Volkspartei sind wir nicht sonderlich überrascht. Da heißt es neoliberaler Manier ganz einfach, dass der Härtausgleich „alternativlos“ wäre. Dass dem nicht so ist, beweisen mehrere Gemeinden in unserem Bezirk, wie Bad Goisern, Ebensee und Gmunden.

**Als wären Mietkosten-, Strompreis- und Heizkostenerhöhungen im neuen Jahr nicht schon genug. Die Gemeinde muss auch noch ohne Not die Gebühren für die Daseinsvorsorge erhöhen. Alle Erhöhungen zusammen machen für einen durchschnittlichen Haushalt monatlich weit mehr als 100 Euro aus!**

## Leistungen der kommunalen

Verwaltung (in Euro)	2022	2023	Erhöhung
Kanalgebühr/m <sup>3</sup>	4,83	5,62	20,0%
Wassergebühr/m <sup>3</sup>	1,97	2,50	20,0%
Essen auf Rädern (je Portion)	10,00	12,60	26,0%
Mülltarif (60l-Tonne)	119,00	143,99	21,0%
Hundeabgabe	57,00	67,00	17,5%